iv positionen
DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
September 2022

Energiepreise bedrohen Standort

5 Maßnahmen, die jetzt helfen

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

MINT-REGIONEN
Initiative gegen Fachkräftemangel in Technik und F&E *Seite 4*

SALZBURG SUMMIT 2022
30 internationale Speaker zum Thema Challenges *Seite 5*

VORARLBERG
IV-Vorarlberg fordert Maßnahmenbündel *Seite 10*

AKTUELLES IN KÜRZE

Rumänischer Umweltminister zu Besuch am Schwarzenbergplatz

Eine Delegation unter Leitung des rumänischen Umweltministers Barna Tánczos besuchte kürzlich die Industriellenvereinigung. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie konkrete IV-Mitgliederanliegen. Derzeit sind 1.500 österreichische Unternehmen in Rumänien aktiv, österreichische Investitionen sichern rund 58.600 Jobs. Das Land ist ein Schlüsselmarkt für die österreichische Industrie. Die größten Investoren sind OMV und Erste Bank.

Sorge um Wettbewerbsfähigkeit

IV-Präsident Georg Knill unterstrich beim Treffen das Bekenntnis der österreichischen Industrie zu den internationalen Klimazielen. Angesichts der Energiepreis-Entwicklung stelle sich aber die Frage, wie man Klimaziele erreichen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit sichern könne. Die rumänische Regierung möge die gemeinsamen Bedenken, wie man unter diesen Bedingungen Wachstum und Arbeitsplätze in Europa sichern könne, in den europäischen Meinungsbildungsprozess einbringen. Knill: "Die verstärkte Zusammenarbeit der mittelosteuropäischen Staaten in zentralen Fragen der Wettbewerbsfähigkeit liegt im Interesse Rumäniens und Österreichs. Forschung und Entwicklung, Energieversorgungssicherheit, Handelspartnerschaften der Zukunft stehen dabei im Vordergrund.

Alternative Exportrouten für die Ukraine

Minister Tánczos erläuterte in der Industriellenvereinigung neben den Prioritäten und Vorhaben der rumänischen Regierung auch die Konsequenzen der Ukraine-Krise für sein Land. Rumänien hat - nach Polen - mit 940.000 Personen die zweithöchste Zahl an Flüchtlingen aufgenommen und ukrainischen Exporteuren landwirtschaftlicher Produkte mit dem Hafen Constanta alternative Routen eröffnet. Auch die EU-Erweiterung war Thema: Österreich und Rumänien unterstützen beide die Integration der Westbalkan-Staaten und plädieren insbesondere für eine Beitrittsperspektive für Albanien und Nordmazedonien.

IV unter den besten Arbeitgebern Österreichs

Die Industriellenvereinigung gehört zu den besten Arbeitgebern Österreichs. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von „Leading Employers", für die jährlich die Top 1% der heimischen Arbeitgeber ermittelt werden. Dafür analysiert das Institut mehr als 40.000 Unternehmen. In die Metastudie fließen insgesamt rund 700.000 Daten zu Themen wie HR-Expertise, Mitarbeiterzufriedenheit, Talentkommunikation und Gesundheit ein. Die Studie wird seit 2017 durchgeführt und ist eigenen Angaben zufolge die umfangreichste ihrer Art. "Hinter der IV steht ein starkes Team, das gemeinsam daran arbeitet, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen dieses Landes zu verbessern und den Standort insgesamt zu stärken. Als Arbeitgeber ist es uns ein besonderes Anliegen, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern und ein Umfeld zu schaffen, in dem Höchstleistungen erbracht werden können", sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. "Wir freuen uns, dass der Award von 'Leading Employers' diesen Einsatz auch nach außen hin sichtbar macht."

Die IV freut sich über den Leading Employers Award. V.l.n.r.: Andreas Prenner, Monika Schuh, Christoph Neunmayer

GASTKOMMENTAR

Das große Energieproblem

Die Treffsicherheit bei den Hilfen für die Industrie ist zentral – nicht zuletzt wegen des belasteten öffentlichen Budgets durch die Coronakrise.

Volatile Strom- und Gaspreise bereiten einigen europäischen Unternehmen Schwierigkeiten. Sie führen dazu, dass an den Börsen mehr Sicherheiten hinterlegt werden müssen, die schnell in Milliardenhöhen schießen können. An sich sind solche Termingeschäfte eine übliche Form der Absicherung der künftigen Versorgung undkeine „Spekulationsgeschäfte"; dennoch mangelnde Liqidität wird gerade zum großen Thema. Das aber ist immer noch nicht das größte Problem.

Durch die hohen Gaspreise, ausgefallene Atomkraftwerke in Frankreich und Dürre in Österreich werden gerade an den Strombörsen horrende Summen für Strom verlangt. Das Problem betrifft - wie ersichtlich - die Stromversorger, aber genauso die Industrie. Auch jene Unternehmen, die Absicherungen getroffen haben, müssen diese bald erneuern – deren Kosten werden schlagartig steigen. Darüber hinaus, in einem Fall der direkten Geschäfte der Unternehmen mit dem Versorger, sollte der Letztere zahlungsunfähig werden, verfallen möglicherweise die Hedges – ein gravierendes Problem für die betroffenen Industriekunden.

> *„Es ist wichtig, dass Liquidität bereitgestellt wird, um künftige Ausfälle der Versorger zu vermeiden."*

Es ist wichtig, dass Liquidität bereitgestellt wird, um künftige Ausfälle der Versorger zu vermeiden und Liquiditätsprobleme nicht in reale Verluste umzuwandeln. Es gilt hier eine Differenzierung vorzunehmen, denn aufgrund der Heterogenität der Produktionsquellen und unterschiedlichen Anteile der Eigenproduktion, ist die jeweilige finanzielle Situation der Stromunternehmen unterschiedlich. Keinesfalls sollten SteuerzahlerInnen jene Unternehmen unterstützen, die keine Probleme haben, ebenso wenig wie Übergewinne eines Unternehmens nicht zur Rettung anderer Unternehmen genutzt werden. Das wäre für den Wettbewerb und die Anreize zum weiteren Ausbau erneuerbarer Energiequellen fatal.

Es ist auch wichtig, dass die möglichen Hilfen für die Industrie rasch ausgearbeitet werden, um weitere Anstiege der Produktionskosten abzufedern. Gleichzeitig muss aber darauf geachtet werden, dass auch hier Anreize zur Risikomitigierung bei der Strom- und Gasbeschaffung gegeben sind. Es soll eine Situation vermieden werden, wo Unternehmen, die sich schlechter abgesichert haben, bevorzugt werden. Gutes Risikomanagement muss auch künftig eine der wichtigsten Aufgaben des Managements sein und nicht durch öffentliche Hilfe an die Steuerzahler ausgelagert werden.

Die Treffsicherheit der öffentlichen Hilfen ist zentral. Nicht zuletzt wegen des belasteten öffentlichen Budgets durch die Coronakrise, die fiskalischen Kapazitäten an ihre Grenzen gebracht haben. In Zeiten hoher Inflation und steigender Zinsen, die eine öffentliche Finanzierung erschweren, ist ein effizienter Umgang mit Steuergeld doppelt wichtig.

Monika Köppl-Turyna

Fotos: IV, Foto Weinwurm

Die Gastkommentare in den iv-positionen stellen die Meinung des Autors dar und spiegeln nicht grundsätzlich die Position der Industriellenvereinigung wider.

Ruder jetzt herumreißen!

Die Explosion der Energiekosten ist für viele Unternehmen existenzbedrohend und schwächt den Wirtschaftsstandort massiv. Die Politik muss jetzt rasch und entschieden handeln.

IV-MEINUNG

Die Lage ist mittlerweile dramatisch: Die Preis- und möglichen Versorgungsprobleme bei Strom und Gas zwingen die ersten Unternehmen, eine Drosselung der Produktion und Kurzarbeit vorzubereiten. Die Energiekosten sind explodiert – der Gaspreis hat sich gegenüber dem Vorjahr verzehnfacht, der Strompreis versechsfacht. Unternehmen zahlen in Europa ein Vielfaches des Gaspreises in den USA. Energieintensive Unternehmen in Österreich investieren seit Jahren in den Umstieg auf alternative Energiequellen – für die Erzeugung von Prozesswärme für Industrien wie Stahl, Papier oder Chemie ist Gas jedoch derzeit nach wie vor nur schwer und oft nur mit großem Aufwand substituierbar.

Die aktuelle Preisexplosion ist nicht nur existenzbedrohend für Unternehmen. Sie gefährdet Arbeitsplätze und schwächt Österreich und Europa als Wirtschaftsstandort. Viele Unternehmen werden derzeit zweimal darüber nachdenken, hier zu investieren – kaum wo sind die Energiekosten derzeit höher als in Europa. Zumal das Problem ist aufgrund langfristiger Verträge in seiner vollen Wucht noch nicht einmal in der vollen Breite angekommen ist: Eine Verlängerung dieser Verträge, von denen viele mit Jahresende oder im ersten Quartal des nächsten Jahres auslaufen, zu günstigen Konditionen ist unwahrscheinlich. Das steigert die Abhängigkeit von den Preisen an den Spotmärkten.

Schuld an dieser Entwicklung sind neben den kriegsbedingten Unsicherheiten im Wesentlichen zwei Punkte: Einerseits die europäische Strompreisfindung, durch die der Strompreis an den Gaspreis gekoppelt ist. Und andererseits der unkoordinierte Einkauf von Gas aus alternativen Quellen einzelner EU-Länder – Stichwort Flüssiggas aus den USA – der den Preis auch dort zusätzlich in die Höhe treibt.

Die gute Nachricht: Es ist noch nicht ganz zu spät, zu handeln. Was es braucht, ist der starke politische Willen, die Situation mit gezielten Maßnahmen in den Griff zu bekommen – und zwar europaweit. Ein gemeinsamer Gaseinkauf und eine temporäre Umgestaltung des Merit-Order-Systems zur Strompreisfindung sind das Gebot der Stunde. Und kurzfristig braucht die Industrie in Österreich Hilfsinstrumente zur Überbrückung der aktuellen Krise. Dazu hat die IV einen Notfallkoffer mit Werkzeugen vorgelegt, die unter anderem eine Erhöhung des Energiekostenzuschusses auf 2,5 Milliarden Euro vorsieht (siehe Coverstory).

Gleichzeitig brauchen wir umso dringender schnelle Verfahren für den Ausbau von Wasser-, Wind- und Solarenergie und eine Energiepolitik, die nicht ausgerechnet jetzt konventionelle Kraftwerke abschaltet, bevor diese Alternativen ausreichend zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 1. September 2022 war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter **www.iv.at.**

HERBERT KREJCI...

...wäre am 13. September 100 Jahre geworden. Er prägte die Industriellenvereinigung als langjähriger Mitarbeiter und Generalsekretär maßgeblich: Er begann in der Pressestelle, übernahm 1961 die Chefredaktion der Wochenzeitschrift „Industrie“ und fungierte ab 1980 zwölf Jahre lang als IV-Generalsekretär. Aus dieser Funktion schied der überzeugte Europäer mit seiner Pensionierung 1992 aus. Herbert Krejci war überzeugter Anhänger einer sozialen Marktwirtschaft und kritischer Bürgerlich-Liberaler, der sich nicht nach gängigen Kriterien einordnen oder vereinnahmen ließ. Er ist stets für Toleranz, Verantwortung, Demokratie und Menschenrechte eingetreten und hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die IV nicht nur industrielle Anliegen vertritt, sondern politische Rahmenbedingungen prägt und gesellschaftspolitische Verantwortung in den Fokus ihres Handelns rückt. So hatte Krejci maßgeblichen Anteil daran, dass sich die IV zu einer starken und gestaltenden Organisation im Land entwickelte.

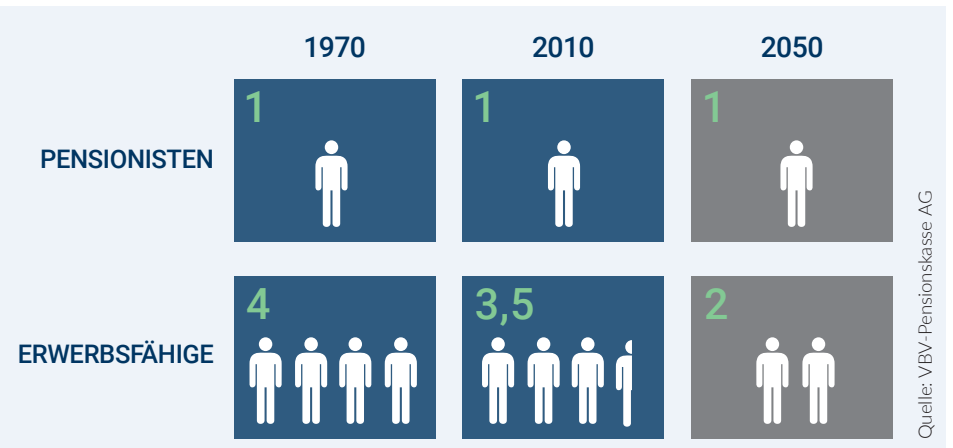
AKTUELLES IN KURZE

POSTING DES MONATS

Fotos: Philipp Horak, IV

GRAFIK DES MONATS

Unser Pensionssystem braucht dringend Reformschritte: Einem Bericht der Alterssicherungskommission zufolge steigen die öffentlichen Ausgaben für Pensionen von aktuell rund 24,2 Milliarden Euro bis 2026 auf rund 31 Milliarden Euro massiv an. Gleichzeitig ist das faktische Pensionsantrittsalter in Österreich nach wie vor vergleichsweise gering und bewegt sich auf Werten ähnlich Anfang der 1970er Jahre. Österreich liegt damit deutlich unter dem OECD-Schnitt und hinter Ländern wie Deutschland, der Schweiz oder Schweden. Das Pensionssystem ist also bereits heute in einer Schieflage. Was es braucht, sind Schritte, die das Pensionssystem zukunftsfit machen, insbesondere ein Schließen der Frühpensionsschlupflöcher, ein Abbilden der steigenden Lebenserwartung und eine wirksame Reintegration von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen in den Arbeitsmarkt.



ZAHL DES MONATS

6,5

Jeder 6. Bis 7. MINT-Job kann nicht besetzt werden. Der Fach- und Arbeitskräftemangel zieht sich durch nahezu alle Branchen – im MINT-Bereich ist es besonders fordernd, Fachkräfte zu rekrutieren. Es gibt zahlreiche Initiativen, die die Situation ändern wollen - um diese zu bündeln und stärker vor den Vorhang zu holen, präsentieren Bildungsminister Polaschek und Generalsekretär Neumayer die MINT-Regionen. Die Einrichtung deklarierter MINT-Regionen ist eine langjährige IV-Forderung und wird nun umgesetzt. Unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung und in Kooperation mit IV, OeAD, MINTality Stiftung und aws sollen regionale Netzwerke aus Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Unternehmen und weiteren Playern (wie der kommunalen Verwaltung) aufgebaut werden. Ziel der Initiative ist die Steigerung des Einflusses von MINT-Einzelaktivitäten in den Regionen und der Aufbau eines MINT-Angebots entlang der gesamten Bildungskette.

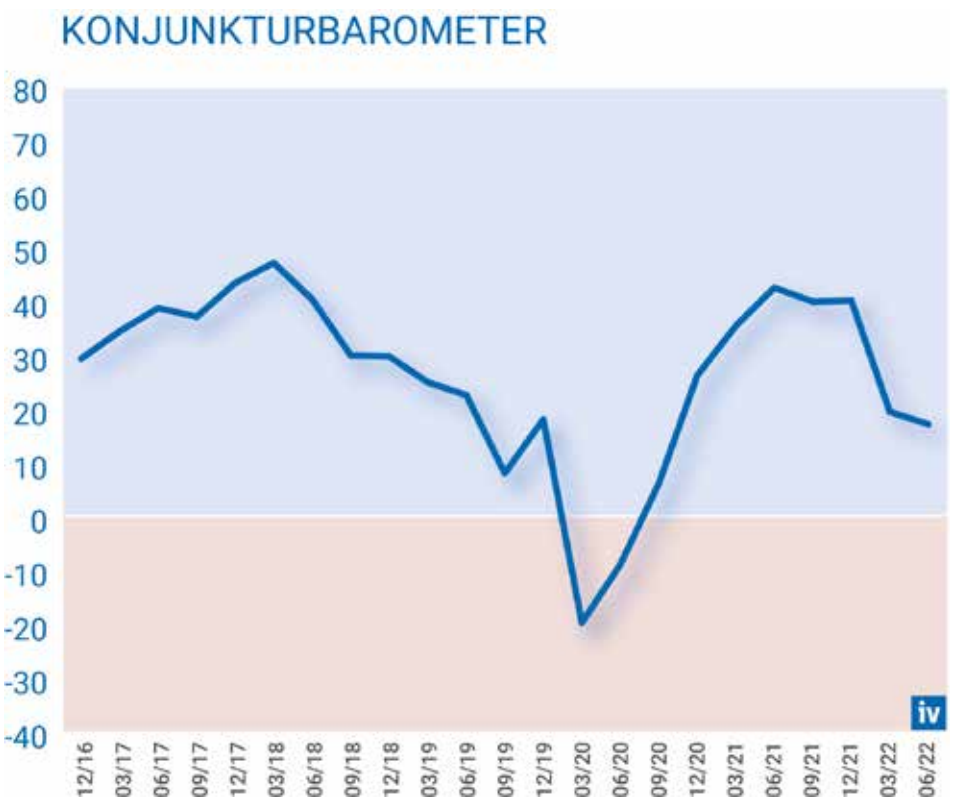
Konjunkturumfrage zeichnet zwiegespaltenes Bild

Durch überlappende Krisen und wirtschaftlichen Verwerfung wird Aufschwung nach Covid gebremst und die Aussichten Richtung Herbst trüben sich.

Die Lücke zwischen der positiven Geschäftslage und einer negativen Geschäftserwartungen klaffte selten zuvor so drastisch auseinander – vor allem aber nicht über einen so langen Zeitraum, zu dieser Erkenntnis kam der Konjunkturbarometer für das zweite Quartal. Im Rahmen der Umfrage wurden insgesamt 408 Unternehmen befragt, die insgesamt 301.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen.

Diese ungewöhnliche Situation ergibt sich auf einem außerordentlich hohen Auftragsbestand einerseits, der sich infolge von Lieferkettenunterbrechungen und Fachkräfteknappheit aufgestaut hat, stellt sich die aktuelle Konjunkturlage unter den besonderen Bedingungen der Post-COVID-Erholung weitaus besser dar als unter normalen Voraussetzungen. Und aus wirtschaftlichen Verwerfungen aus der gegenwärtigen Koinzidenz mehrerer Krisen (Pandemie, Krieg in der Ukraine, Inflation) andererseits. Diese wiegen zu schwer, als dass gute Auftragsbestände allein einen hinreichend langen Konjunkturatem für das Durchtauchen dieser Phase verleihen würden. Die Kumulation der Krisen wird die österreichische Wirtschaft treffen, aufgrund ihrer internationalen Exponierung besonders die österreichische Industrie.

Zusätzlich zu den aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen kommt, dass die konjunkturellen Risiken derzeit asymmetrisch verteilt sind. Das bedeutet, dass einerseits die Notenbanken beginnen sich einzugestehen, dass mit einer mehrjährigen Phase der Verfehlung des Geldwertstabilitätszieles zu rechnen ist, folglich wird auch die private Konsumnachfrage weiter unter Druck geraten. Und andererseits lässt sich eine Gasmangellage in den kommenden Monaten und Quartalen nicht ausschließen, sodass neben der Preiskomponente der Energienutzung auch eine bloße Verfügbarkeitskomponente treten könnte, die ihrerseits Rückwirkungen nicht nur auf die Inflationsrate, sondern auch auf die Beschäftigungslage insbesondere in der Industrie hätte. Doch selbst wenn dieses Negativ-Szenario nicht einträte, stellt sich die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Österreich, sollten die Energiekosten für längere Zeit bei einem Mehrfachen der nordamerikanischen und asiatischen Niveaus verharren.



Das IV-Konjunkturbarometer erreichte 2021 den höchsten Wert seit drei Jahren. Seit dem ersten Halbjahr 2022 erleben wir einen Abwärtstrend.

Zukunft braucht Technologie und die besten Köpfe

Forschung, Technologie und Innovation sind Wachstumsmotoren und stärken die Wettbewerbsfähigkeit und Krisenfestigkeit von Unternehmen. Dafür braucht es nicht nur die richtigen Technologien, sondern auch qualifizierte Fachkräfte.

Forschung und innovative Technologien sind der Garant für einen starken Wirtschaftsstandort Österreich. Ihre Bedeutung für die Industrie und ihre Auswirkungen auf Wohlstand und Fortschritt standen im Zentrum des Auftakts der Technologiegespräche des Forums Alpbach (siehe Kasten unten).

„Unternehmen mit hohem Digitalisierungsgrad sind produktiver, können höhere Umsatzsteigerungen erzielen und ziehen mehr Talente an. Zudem – und das zeigt sich insbesondere in Krisenzeiten – verfügen Technologie-Frontrunner über eine höhere Resilienz gegenüber Nachzüglern", bilanziert IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Digitalisierung birgt laut Studien ein Potential von jährlich knapp 20.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen sowie von bis zu 3,6 Mrd. Euro an zusätzlichem BIP-Wachstum pro Jahr.

Bildungsinitiative "MINT-Regionen" startet

Gerade im hochqualifizierten MINT-Bereich spüren Unternehmen allerdings den anhaltenden Fachkräftemangel. Drei von vier Industrieunternehmen leiden seit Jahren unter Personalengpässen in IT, Technik, Produktion und F&E – und das in Krisenzeiten. In Summe konnte zuletzt jeder sechste bis siebente hochqualifizierte MINT-Job nicht besetzt werden. Knapp 50.000 offene Stellen sind im produzierenden Bereich ausgeschrieben, viele davon im MINT-Bereich, was einer Vervierfachung innerhalb von zehn Jahren entspricht.

„In Österreich ist mehr strategische Koordination bei MINT-Aktivitäten nötig", so IV-Präsident Georg Knill. Das unter Federführung des Bildungsressorts in Kooperation mit der Industriellenvereinigung, der MINTality-Stiftung, dem OeAD und der aws gestartete Leuchtturmprojekt „MINT-Regionen" soll deshalb österreichweit eine Vernetzung der Akteure bewirken und den Impact der Einzelinitiativen im „Land der 1000 MINT-Initiativen" erhöhen. Die Vision der Industrie ist ein durchgängiges MINT-Angebot entlang der gesamten Bildungskette – ähnlich einem „roten Faden", durch den jedes Kind kontinuierlich mit MINT in Kontakt kommt, in Kindergarten, Schule, Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Unternehmen oder bei privaten Initiativen.

20 Prozent mehr MINT-Graduierte

Ein Fokus der IV-Aktivitäten liegt auf Mädchen und Frauen: Die neue MINTality-Stiftung der Industrie-Familie soll die Kräfte bündeln und mehr Mädchen für MINT begeistern. IV-Präsident Knill: „In Wahrheit steht MINT für ein Lebensgefühl. Für Neugier, Freude, Kreativität, eine dem Leben zugewandte, positive Grundhaltung. Wer im Innovationsbereich arbeitet, trägt die Hoffnung in sich, die Menschheit weiterzubringen."

MINT-Fakten auf einen Blick

- In Österreich arbeiten derzeit über 330.000 hoch qualifizierte Personen (Matura/Hochschule) in MINT-Berufen, davon 40% allein im produzierenden Bereich.
- Im F&E-Bereich sind derzeit 144.000 Personen in Österreich aktiv, was einer Steigerung von 49% in zehn Jahren entspricht.
- Bis 2030 werden in der EU zwei Mio. zusätzliche MINT-Jobs für hoch Qualifizierte prognostiziert.
- In Österreich werden im MINT-Kernbereich (Physiker, Chemiker, Ingenieure, Softwareentwicklung etc.) 55.000 zusätzliche hochqualifizierte MINT-Jobs sowie 29.000 im IKT-Bereich bis 2025 erwartet.
- Der Frauenanteil bei Graduierten in Informatik liegt bei 16 Prozent, im Maschinenbau bei fünf Prozent. Aktuell sind weniger als ein Viertel der hoch qualifizierten MINT-Jobs von Frauen besetzt.

Fotos: BMAW / Holey

Salzburg Summit 2022 unter dem Motto „Challenges“

Mehr als 30 internationale Speaker aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik tauschten sich beim Salzburg Summit an zwei Konferenztagen rund um brisante Themen der Gegenwart und Herausforderungen der Zukunft aus. Gesucht und gefunden wurden strategische Antworten auf die brennenden Fragen der Zeit.

Die Ursprungsidee des Salzburg Summit, der 2019 erstmals über die Bühne ging, war es, die Spitzen der europäischen und heimischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft einzuladen, um gemeinsam die großen Ideen und Visionen für Österreich und Europa zu diskutieren. „Dieser Gedanke leitet uns auch heute noch. Es geht uns um Denkanstöße und Lösungsansätze. Die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger unserer Zeit sind gefordert, die richtigen strategischen Antworten auf Herausforderungen zu geben, wie wir sie in dieser Form seit Jahrzehnten nicht hatten“, sagte Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung, bei seiner Eröffnungsrede zum Summit 2022.

Treffen von Old und New Economy

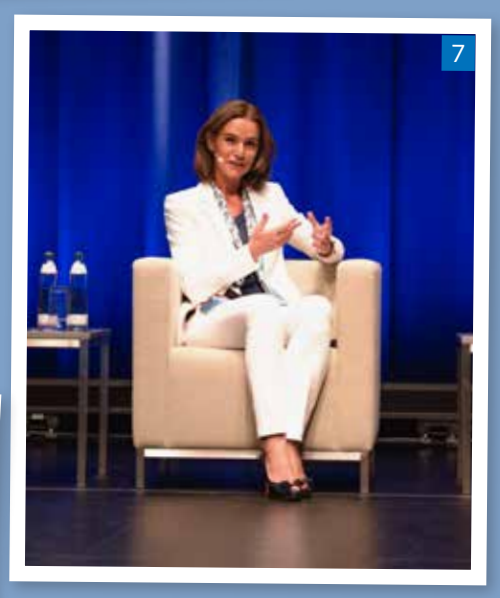
Das diesjährige Motto „Challenges“ zog sich durch zwei Konferenztage, an denen zahlreiche renommierte Redner aus Traditionsbetrieben und Start-ups, Wissenschaft und Politik in einem Mix aus Diskussionsrunden, Impulsvorträgen und Interviews zentrale Herausforderungen der Jetztzeit beleuchteten und Zukunftsvisionen diskutierten. Im Zentrum der Veranstaltung standen vor allem akute Problematiken, wie der Krieg in der Ukraine und die Energieversorgungssicherheit, aber auch künftige Leitthemen der Gesellschaft, wie die grüne und digitalen Transformation.

Unter anderem gaben Johannes Hahn (EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung), Karoline Edtstadler (Bundesministerin für EU und Verfassung), Wolfgang Ischinger (Ex-Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz) und Karl-Theodor zu Guttenberg (Chairman von Spitzberg Partners LLC) Einblicke in die aktuellen geopolitischen Dynamiken in Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und besprachen die Folgen für die Rolle Europas. Nikolaus von Bomhard (Aufsichtsratsvorsitzender Münchener Rück & Deutsche Post DHL Gruppe) und Andrea Orcel (CEO UniCredit) richteten im Anschluss ihr Augenmerk auf die makroökonomischen Herausforderungen für Europa. Den ersten Tag rundete eine Diskussion zur Bedeutung des grünen Wasserstoffes als Gamechanger für die europäische Energiewirtschaft ab. Dazu diskutierten Stefan Kaufmann, Innovationsbeauftragter „Grüner Wasserstoff“ der Deutschen Bundesregierung, und Michael Strugl, CEO der Verbund AG.

Am zweiten Tag der Konferenz referierte Sabine Herlitschka (CEO Infineon Austria) über die Bedeutung der Chip- und Halbleiterversorgung, Europas Chip-Act und die Investition in eine österreichische Chipfabrik, die sich auch als Beitrag zur Umsetzung der Pariser Klimaziele versteht. „Europa befindet sich in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht in einem globalen Wettbewerb. Bei den inhaltlichen Schwerpunkten – Stichworte: Chipdesign, Software, Produktion und die Stärkung der europäischen Abnehmermärkte – muss die gesamte Innovationskette umfasst sein. Europas Industrie ist dann erfolgreich, wenn sie auf Innovation, Forschung und Technologie setzt. Dazu braucht es auch die nötigen Fachkräfte“, betonte die Vizepräsidentin der IV Österreich. Die Zukunft des Pharmastandorts Europa diskutierte Bundesminister Martin Kocher mit Sabrina Kristic (Managing Director und Partnerin Boston Consulting Group, BCG) und Nathalie Moll (Generaldirektorin European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations, EFPIA). Den Abschluss des Summits bildete schließlich ein Digitalisierungsschwerpunkt, unter anderem mit Staatssekretär Florian Tursky, Masmovil-CEO Meinhard Sprenger und GoStudent Co-Founder Felix Ohswald.

Inspirationen & Impulse

IV-Präsident Knill meinte abschließend: „Wir haben spannende Gespräche und inspirierende Diskussionen rund um neue Ideen, etablierte Konzepte und Visionen für die Zukunft erlebt. Ich bin mir sicher, dass alle, die beim Salzburg Summit zu Gast waren, wichtige Denkanstöße mit auf die Reise nehmen konnten.“



1. Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Festspiel-Präsidentin Kristina Hammer und IV-Präsident Georg Knill
2. Magenta-CEO Andreas Bierwirth mit Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz
3. EU-Kommissar Johannes Hahn
4. EU-Ministerin Karoline Edtstadler
5. Unternehmensberater Karl-Theodor zu Guttenberg
6. IV-Positionen Chefredakteurin Sara Grasel, IV-Vizepräsidentin & CEO Infineon Austria Sabine Herlitschka
7. Vertriebs-Vorständin Audi AG Hildegard Wortmann
8. Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Kocher
9. Founder GoStudent Felix Ohswald, Chefredakteur brutkasten Dejan Jovicevic

Fotos: Natascha Unkart / belle&sass

Energiepreise bedrohen Standort: 5 Maßnahmen, die jetzt helfen

Die Energiepreise haben sich innerhalb eines Jahres vervielfacht; 2023 könnte die Situation für viele Unternehmen noch dramatischer werden. Die IV schlägt fünf ganz konkrete Maßnahmen vor, die ein schnelles Gegensteuern ermöglichen.

Die hohen Energiepreise bedrohen Produktion und Arbeitsplätze in Österreich. „Die Situation ist mehr als dramatisch", richtet IV-Präsident Georg Knill seinen Appell an die Politik. „Vielen Unternehmen steht das Wasser bis zum Hals." Um ein rasches Handeln zu unterstützen, legt die Industriellenvereinigung einen Werkzeugkoffer mit fünf konkreten Maßnahmen vor: die Ausweitung vorhandener Hilfsinstrumente, eine Liquiditätsstärkung für Unternehmen, eine Vorbereitung der Verwaltung auf Kurzarbeit, die Reform des europäischen Strommarkts und ein gemeinsamer europäischer Energieeinkauf.

Binnen eines Jahres hat sich der Gaspreis verzehnfacht und der Strompreis versechsfacht. Kommendes Jahr wird es für viele weitere Unternehmen eng, die langfristige Verträge abgeschlossen haben. Etliche davon laufen mit Ende des Jahres aus. „Beispielsweise steht ein mittelgroßes Industrieunternehmen mit Energiekosten von rund einer Million Euro pro Jahr nun vor der Herausforderung, im kommenden Jahr zwölf Millionen Euro für die benötigte Energie zu stemmen – das geht sich einfach nicht mehr aus", so Knill. Dutzende Unternehmen stehen schon jetzt vor diesem Dilemma. Die Lage werde auch kurzfristig bereits spürbare Effekte haben: „Es drohen Produktionsdrosselungen und Arbeitslosigkeit in Österreich, sofern nicht konsequent und schnell gegengesteuert wird".

Erhöhung und Verlängerung des Energiekostenzuschusses

In einem ersten Schritt schlägt die IV eine Erhöhung des Energiekostenzuschusses auf 2,5 Mrd. Euro samt Verlängerung ins nächste Jahr vor. Bisher gilt der direkte Zuschuss nur bis Jahresende für jene Unternehmen, bei denen die Energiebeschaffungskosten mindestens drei Prozent des Produktionswertes betragen oder bei denen die nationale Energiesteuer mehr 0,5 % des Nettoproduktionswertes beträgt. Die Regierung sieht dafür bisher 450 Mio. Euro vor. „Als Akuthilfe braucht es eine Überarbeitung der bestehenden Hilfsmittel wie des Energiekostenzuschusses und der Strompreiskompensation. Ersterer sollte, äquivalent zu den gestiegenen Energiekosten, ein Volumen von mindestens 2,5 Mrd. Euro umfassen und bis zum nächsten Jahr verlängert werden", fordert Knill.

> *„Es drohen Produktionsdrosselungen und Arbeitslosigkeit in Österreich, sofern nicht konsequent und schnell gegengesteuert wird."*

Ein weiteres treffsicheres Hilfsinstrument ist die Strompreiskompensation. Dabei handelt es sich um die von der EU bereits 2013 eingeräumte Möglichkeit, Unternehmen einen Teil der indirekten CO_2-Kosten zu erstatten. Bereits 14 EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, Tschechien, Frankreich, die Slowakei, Polen, Spanien und Finnland, sowie Norwegen und das Vereinigte Königreich, machen davon Gebrauch. Der Entwurf für die Umsetzung in Österreich liegt vor, muss aber aus Sicht der IV so angepasst werden, dass es nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung innerhalb Europas zulasten der österreichischen Industrie kommt. Dafür ist eine Ausweitung der begünstigten Sektoren und eine Verlängerung der Kompensation bis 2030 wie in Deutschland erforderlich. Erst am 19. August genehmigte die Kommission für Deutschland 27,5 Milliarden Euro an Strompreiskompensation für den Zeitraum 2021 bis 2030. Es gibt keine Gründe, warum ein vergleichbares Instrument in Österreich nicht implementiert werden sollte.

Ergänzend zur Anpassung dieser Hilfsmittel braucht es ein Werkzeug, das Unternehmen kurzfristig bei der Beschaffung und Absicherung der notwendigen Energie unterstützt. Dafür schlägt die IV staatliche Garantien vor – ähnlich wie während der COVID-19-Akutphase. Als steuerliche Maßnahme braucht es zudem die dauerhafte Einführung eines dreijährigen Verlustrücktrags für Unternehmen, um die Liquidität der Betriebe zu stärken.

Erste Unternehmen, wie der Faserhersteller Lenzing AG im Burgenland, denken bereits offen darüber nach, die Produktion zurückzufahren und melden dementsprechend Kurzarbeit an. Noch sind es Einzelfälle, das könnte sich aber rasch ändern, mahnt Knill: „Sollte es aufgrund unbezahlbarer Energiekosten oder einer Energiemangellage zu Produktionsdrosselungen in den Betrieben

kommen, droht eine Kurzarbeitswelle, ähnlich der Coronajahre 2020 und 2021". Die Verwaltung muss jetzt darauf vorbereitet werden, um im Ernstfall bereit zu sein.

Temporäre Anpassung der Strompreisbildung

Eines der Grundprobleme der aktuellen Entwicklungen der Energiepreise liegt in der Strompreisbildung, die auf europäischer Ebene geregelt ist und damit auch nur dort gelöst werden kann. Dass der europäische Strommarkt reformiert werden muss, hat auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits angekündigt. Die fragliche Merit-Order, die derzeit die Strompreisbildung bestimmt, stehe dabei allerdings erst mittel- oder langfristig zur Debatte. Aus Sicht der IV ist eine raschere Änderung des Systems als temporäre Maßnahme notwendig. Das Grundprinzip der marktbasierten Strompreisbildung soll nicht verworfen werden.

„Die Industrie unterstützt die Bundesregierung ausdrücklich darin, diese Reform auf europäischer Ebene anzustoßen und voranzutreiben."

Zur Erinnerung: Bei der Merit-Order bestimmt das teuerste Kraftwerk den Preis für Strom. Zuerst wird das günstigste Kraftwerk eingeschaltet, dann das zweitgünstigste, und so weiter, bis der Bedarf gedeckt ist. Das letzte zugeschaltete Kraftwerk ist demnach das teuerste und bestimmt den Preis für alle anderen – derzeit sind das Gaskraftwerke.

„Europäische Herausforderungen, brauchen europäische Antworten. Nationale Alleingänge im Bereich der Stromversorgung schwächen lediglich einzelne Staaten und dienen der Symptombekämpfung, während die Wurzel des Problems unberührt bleibt. Daher ist das Strommarktdesign dahin gehend zu reformieren und die Merit-Order weiterzuentwickeln. Die Industrie unterstützt die Bundesregierung ausdrücklich darin, diese Reform auf europäischer Ebene anzustoßen und voranzutreiben", so Knill. „Klar ist jedoch auch, dass es Entlastungen für die heimischen Unternehmen brauchen wird, bis eine europäische Lösung gefunden wird. Bleibt die Situation unverändert oder spitzt sie sich weiter zu, drohen Produktionsdrosselungen und Arbeitslosigkeit".

Ein weiterer Punkt, der bisher verabsäumt wurde, ist der gemeinsame strategische Gaseinkauf in der EU. „Damit können große Gas-Volumina über lange Zeiträume kontrahiert werden, die es ermöglichen, internationale Gasprojekte (wie die. Erschließung neuer Gasfelder oder den Bau von LNG Terminals) zu realisieren und damit bestehende Mängel an den Gasmärkten zu überwinden", so Knill abschließend.

NOTFALLKOFFER GEGEN HOHE ENERGIEKOSTEN

1. Ausweitung und Verlängerung der bestehenden Hilfsinstrumente
- Energiekostenzuschuss auf 2,5 Mrd. EUR erhöhen
- Strompreiskompensation – ausweiten und verlängern

2. Liquiditätsstärkung für Unternehmen
- Pragmatische Mittel wählen: Es braucht staatliche Überbrückungsgarantien
- Dauerhafte Einführung eines dreijährigen Verlustrücktrags für Unternehmen stärkt Liquidität im Unternehmen

3. „Awareness schaffen" – Verwaltung auf Kurzarbeit vorbereiten
- Kurzarbeitswelle ähnlich wie in der Covid-19-Pandemie droht – Verwaltung frühzeitig vorbereiten

4. Reform des europäischen Strommarkts
- Weiterentwicklung der Preisbildung entlang der Merit-Order

5. Gemeinsamer europäischer Energieeinkauf
- Versorgungssicherheit durch Einkauf großer Gas-Volumina über lange Zeiträume

Maßnahmen gegen Pädagogenmangel

Das österreichische Bildungssystem leidet unter Personalmangel, in manchen Fächern und einigen Regionen akut. Weit vor Schulstart war offensichtlich, dass das Angebot an offenen Stellen jenes an Bewerbern deutlich übersteigt.

Als Akutmaßnahme werden vielerorts Studierende mittels Sonderverträgen schon früh in den Schulen beschäftigt. Ohne strukturellen Rahmen steigt damit die Gefahr, dass Studierende ihr Studium aufgrund des beruflichen Arbeitspensums nicht abschließen und eine Überführung in das reguläre System nicht möglich ist.

In der Pädagogischen Hochschule NÖ wird daher das bisherige berufsbegleitende Studium in ein den Lehrberuf begleitendes Studienangebot transformiert. Ab dem 7. Semester wird das Studium mit Berufspraxis verbunden. Mit diesem Konzept möchte man Pädagogen ohne Qualitätsverlust schneller an die Schul-standorte bringen.

Eine weitere Sofortmaßnahme ist der Quereinstieg. Die Regeln für den berufsbegleitenden Einstieg in den Lehrerberuf sollen erleichtert werden: Das ist das Ziel einer neuen Dienstrechtsnovelle, die im Juni 2022 vorgestellt wurde. Insbesondere sollen die Eingangsvoraussetzungen vereinfacht und die pädagogische Eignung zukünftig schon vor dem berufsbegleitenden Studienbeginn festgestellt werden. Die erforderliche Berufspraxis im Klassenzimmer wird auf drei Jahre vereinheitlicht und künftig sind keine Vertragsbefristung oder Gehaltsabschläge zu befürchten.

Die Möglichkeit einer halben Lehrverpflichtung ermöglicht es zudem Quereinsteigern mit einem zweiten Standbein in der Wirtschaft, ihre Erfahrung im Schulkontext einzubringen. Der Quereinstieg dient folglich als qualitative Ergänzung des Lehrpersonals, nicht als Konkurrenz zum Vollzeit-Lehramtsstudium. Besonders eklatant ist der Missstand in der Elementarpädagogik. Auf die geringe Entlohnung und schlechte Arbeitsbedingungen machten Elementarpädagogen im ersten Halbjahr 2022 bei bundesweiten Demonstrationen aufmerksam. Die von der Bundesregierung zugesagte Kindergartenmilliarde soll die Gemeinden beim Ausbau der Elementarbildungsplätze finanziell unterstützen.

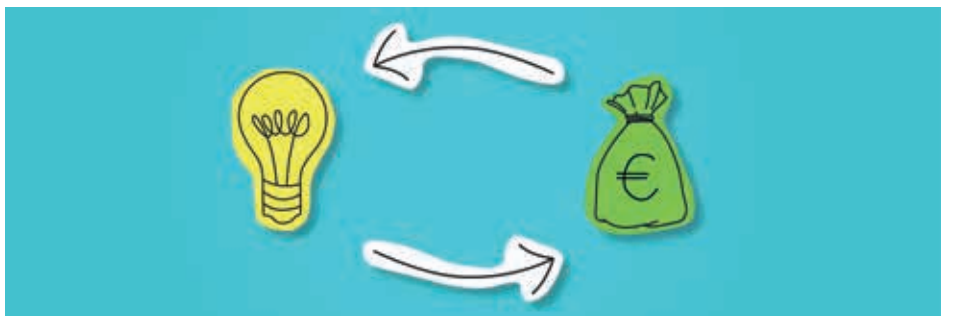
Weitere Maßnahmen sind allerdings notwendig: So braucht es eine Ausbildungsinitiative für Elementarpädagoginnen und -pädagogen, weil zu wenige nach Absolvierung ihrer Ausbildung in den Beruf einsteigen. Daneben ist eine Kampagne wichtig, um auf den gesellschaftlichen Mehrwert der Pädagogen aufmerksam zu machen und das Bild des Lehrberufs in ein neues Licht zu rücken.

EINLADUNG

Dieses facettenreiche und komplexe Thema möchten wir im Rahmen der Bildungsarena am 17. November 2022 ab 17:30 im Impact Hub in Wien weiter diskutieren und Sie schon jetzt dazu einladen.

Anmeldung unter:
team@neustart-schule.at

AKTUELLES IN KÜRZE



IV tritt für Spendenabsetzbarkeit für Bildungsorganisationen ein

Jeder Euro, der in Bildung fließt, ist eine wichtige Investition für den Standort; Bildungsinvestitionen erwirtschaften eine hohe Rendite. Allein jeder in frühe Bildung investierte Euro bringt volkswirtschaftlich gesehen einen mindestens achtfachen Nutzen, Weiterbildungs- und Upskilling-Initiativen helfen gegen den Fachkräftemangel. Die Corona-Pandemie hat zusätzlich einen steigenden Bedarf nach Bildungsinitiativen für Kinder und Jugendliche aus belasteten sozialen Umfeldern, Geflüchtete und der Erwachsenenbildung, ausgelöst, die das staatliche Bildungssystem flankieren. Im vergangenen Jahrzehnt sind zahlreiche private Bildungsinitiativen entstanden, viele Unternehmen und Stiftungen setzen sich mit ihrem Kapital für verbesserte Bildungschancen ein.

Während in 35 OECD Ländern Spenden an Bildungsinstitutionen steuerlich begünstigt werden, sind in Österreich jedoch nur solche Spenden für Bildung steuerlich abzugsfähig, die für Projekte in Entwicklungsländern oder bei der Erwachsenenbildung an Einrichtungen auf Hochschulniveau gegeben werden. Spendet man aktuell etwa an eine Organisation mit einem Bildungsprojekt in Afrika, ist die Spende steuerlich begünstigt, für ein Projekt in Österreich nicht. Eine Berechnung aus 2019 von ECO Austria zeigt, dass bei einer Gleichstellung von Spenden für Bildung und Berufsausbildung mindestens 30 Mio. Euro pro Jahr mehr für gemeinnützige Projekte im Bereich Bildung mobilisierbar sind.

Die IV tritt daher gemeinsam mit Akteuren wie der B&C Stiftung, der Erste Stiftung, dem Verband für gemeinnütziges Stiften und der Organisation Teach for Austria dafür ein, dass – wie im Regierungsprogramm vereinbart – Spenden an Bildungsorganisationen umfassend steuerlich begünstigt werden, und zwar sowohl für Stiftungen – durch Entfall der KESt bzw. Reduktion der KöSt – als auch für private Spender durch eine Reduktion der Einkommenssteuer.

Sommerschule bringt Mehrwert für Schüler

Schon zum dritten Mal fand diesen Sommer in den beiden letzten Ferienwochen vor dem Schulstart die Sommerschule für Schülerinnen und Schüler in Österreich statt. Die Teilnahme war freiwillig und das Interesse war groß. 2022 nutzten 39.200 Schülerinnen und Schülern das Angebot, schon vor dem Start in das neue Schuljahr Inhalte des letzten Jahres aufzufrischen und zu vertiefen, oder den Übertritt in eine neue Schule oder Hochschule vorzubereiten. Erstmals wurde die Sommerschule 2020 abgehalten, um den Schülerinnen und Schülern eine Möglichkeit zu geben, Lehrinhalte aus dem ersten halben Jahr der Coronakrise nachzuholen. Die jährlich steigenden Anmeldungen sprechen für die Qualität und den Mehrwert, den die Schülerinnen und Schüler aus der Sommerschule generieren. Das Angebot wurde heuer ausgeweitet und zielt darauf ab, projektbezogen sowie klassen- und schulübergreifend vorzubereiten.

Wie schon 2021 unterstützte die Industriellenvereinigung eine weitere Besonderheit der Sommerschule: Jugendliche ab der fünften Schulstufe konnten auch dieses Jahr wieder freiwillig als Buddys teilnehmen, um jüngere Schülerinnen und Schüler während der zwei Sommerschulwochen persönlich zu begleiten und zu unterstützen. Dabei konnten sie auch erste Einblicke in den Beruf der Pädagoginnen und Pädagogen gewinnen. Als Dank für diese wertvolle Arbeit mit Verantwortung und Vorbildfunktion erhielten die teilnehmenden Buddys von der IV und der WKO (Sparte Buch- und Medienwirtschaft) Büchergutscheine im Wert von 40,- EUR.

Fotos: AdobeStock

1031 DIGITAL THESEN

Österreich ist ein Land der Hidden Champions – das sollten wir auch im digitalen Umfeld anstreben

Österreich und die Industrie sind das Zuhause für viele Hidden Champions

Hidden Champions investieren überdurchschnittlich in Forschung und Entwicklung und erhalten eine hohe Wertschöpfungstiefe. Dies führt zu einer starken Position in Bezug auf Margen & Profitabilität, aber auch zu nachhaltigen Wachstumschancen für Unternehmen, Mitarbeiter und Region.

Als Industriestandort Österreich sollte dies auch im digitalen Zeitalter gelten…

Digitalisierung bedeutet für uns „Gruppe 1031“ viel mehr als Amazon, Alibaba und Google – es geht um die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, von Fertigungstechnologien und Prozessen sowie um die Optimierung von Wertschöpfungsketten und internationale Partnerschaften.

Österreich ist prädestiniert für Hidden Champions

Die Rahmenbedingungen hinsichtlich Größe, Marktzugang, politischer Stabilität und Geografie haben Hidden Champions dabei unterstützt, zu globalen Marktführern aufzusteigen. Auch der Fokus auf eine klar definierte Nische wie F. List GmbH; Globale Partnerschaften zur Absicherung der Position gegen Wettbewerber und Ansiedlung in der Nähe von Bildungsinstitutionen (wie FACC).

Wir sind davon überzeugt, dass wir auch im digitalen Umfeld die perfekten Voraussetzungen für Hidden Champions schaffen können: Mit einem stabilen Umfeld, innovativen und gut ausgebildeten Mitarbeitern, einem Fokus auf F&E sowie Produktentwicklung und der Anbindung an europäische Wertschöpfungsketten.

Erforderlich sind dafür:

- Ressourcen für Produkt-/ Prozessoptimierung – traditionell und digital
- Ausbildung von Fachkräften und Attraktivität der (dezentralen) Standorte (e.g., Campus Hagenberg in OÖ)
- Verbesserung der breiten technischen Ausbildung und der Infrastruktur
- Einfachere Förderung von Innovation und Unternehmensgründungen
- Positionierung Österreich als Testmarkt für Europa (z.B. vereinfachte Regulierung, stabile Rechtslage, EU-Zugang)
- Nachhaltig hohe Lebensqualität als wichtiger Standortfaktor

WELCOME ON BOARD

Willkommen Anna Hilti

Die 34-jährige Anna Hilti übernimmt den Vorstandsvorsitz der Jungen Industrie Vorarlberg. Seit 2018 ist sie in fünfter Generation im Familienbetrieb Hilti & Jehle tätig und in ihrer Position als Geschäftsführerin für den Bereich Vermögensverwaltung und Immobilienentwicklung verantwortlich. Inhaltlich wird sie als neue Vorstandsvorsitzende der JI Vorarlberg vor allem der Ausbau der Elementarpädagogik, die Einführung eines neuen Mentoringprogramms sowie die Attraktivierung des heimischen Standorts für Expats und High Potentials beschäftigen.

Die Junge Industrie heißt Anna Hilti herzlich willkommen: Wir freuen uns sehr auf die gemeinsame Zusammenarbeit. Der bisherigen Vorsitzenden Katharina Rhomberg-Shebl danken wir vielmals für den unermüdlichen und großartigen Einsatz!

Generationengerechtigkeit trotz Krise

Trotz Krise dürfen wir nicht kurzsichtig handeln und die Zukunft außer Acht lassen. Vor allem nicht beim Pensionssystem.

Halbzeit: Vor eineinhalb Jahren habe ich den Bundesvorsitz der Jungen Industrie übernommen. Eine Zeit, die nicht nur durch unerwartete globale Ereignisse geprägt war, sondern auch aufgrund unterschiedlichster nationaler Entwicklungen – von Coronahilfen bis zur Elementarbildung – sehr herausgefordert hat. Auch die nächsten eineinhalb Jahre dürften nicht weniger spannend werden. Und als ob Inflation, Energiekrise oder das weiterhin schlummernde Schreckgespenst Corona nicht schon genug wären, beschäftigt uns nun auch das Pensionssystem. Wieder einmal.

Bei jeder Gelegenheit wird versucht, das Gesetz auszuhebeln und das bereits überlastete Pensionssystem weiter aufzublähen. Aktuell mit dem Versuch, die Teuerung über das Pensionssystem abzufedern. Natürlich braucht es sinnvolle Maßnahmen, um die Inflation im Rahmen zu halten. Das Pensionssystem ist da aber der falsche Lösungsansatz: Es ist weder treffsicher noch langfristig leistbar. Allein die gesetzlich vorgesehene Erhöhung, die auch die jährliche Inflation berücksichtigt (!), steigt 2023 um 5,8% und treibt die Kosten um mehr als drei Milliarden Euro in die Höhe.

Experten zeichnen bereits seit Jahren ein ähnliches Bild: Das kann sich langfristig nicht ausgehen. Statt gezielt dort zu helfen, wo es dringend notwendig ist, soll Geld weiterhin mit der Gießkanne verteilt werden. In einer „Koste es was es wolle“-Spirale gefangen, scheint die Politik jegliches Gespür für Verhältnismäßigkeit verloren zu haben. Es wird laufend mehr ausgegeben als notwendig. Das ist kein Rettungsakt, das gleicht einer Zeitbombe für die nächsten Generationen.

Auch diese Krise rechtfertigt es nicht, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes außer Acht zu lassen. Dafür brauchen wir ein generationengerechtes Pensionssystem, das echte Automatismen – von der jährlichen Anpassung bis zum Antrittsalter – berücksichtigt, oder ein komplett neues System, etwa das beitragsorientierte Pensionsmodell. Und das dringender denn je. Wenn wir während der nächsten eineinhalb Jahren nur einen kleinen Schritt in die richtige Richtung machen könnten, wäre ich schon zufrieden, denn: Hoffnung stirbt bekannterweise zuletzt.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Marlena Mayer, Maria Schmidt-Iankova, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Nina Mayrberger, des21

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ, IV-Salzburg/wildbild, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Franziska Liehl, Andrea Zehetner

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.
Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Fotos: JI/Strobl, AdobeStock, Frederick Sams

Strommarkt: Zögerliches Handeln kann Existenzen bedrohen

IV-Vorarlberg Präsident Ohneberg zur gegenwärtigen Lage auf dem Strommarkt: „Vorarlberger Industrie mit großer Gefahr konfrontiert“

Die Vorgänge rund um den plötzlichen Finanzbedarf von Wien Energie haben die Debatte über die enorm hohen Strompreise und deren Entstehung noch verstärkt. Martin Ohneberg, Präsident der Industriellenvereinigung Vorarlberg, findet zur preislichen Herausforderung klare Worte: „Angesichts der enorm gestiegenen Energiekosten sieht sich die Vorarlberger Industrie – und somit das ganze Land – mit einer großen Gefahr konfrontiert, die für Betriebe existenzbedrohend sein kann.“ In einer von der Industriellenvereinigung Vorarlberg und der Wirtschaftskammer Vorarlberg durchgeführten Umfrage unter den Industriebetrieben gibt eine große Mehrheit an, dass der Anteil der Energiekosten am Umsatz seit 2020 um ein Vielfaches gestiegen sei, und dies trotz teilweise langfristig abgeschlossener Verträge. Viele davon laufen Ende des Jahres aus, weshalb man stellenweise von einer Verzehnfachung des Preises sprechen könne. „Vor allem energieintensiven Unternehmen geht die gegenwärtige Dynamik an die Substanz. Sofern die Preise auf ihrem momentanen Niveau bleiben, müssen die Betriebe beinahe ohne Ausnahme ihre Preise weiter erhöhen – und manche sogar ihre Produktion herunterfahren oder gar komplett schließen“, so Ohneberg.

Einsparpotenzial und Substitutionsmöglichkeiten begrenzt

„Was das für das Land und die Bevölkerung bedeuten würde, kann man sich vorstellen“, so Ohneberg weiter. „Die wirtschaftlichen Folgen wären beispiellos in unserer jüngeren Geschichte, und zusätzlich zur wirtschaftlichen Krise hätten wir früher oder später eine soziale Krise, ausgelöst durch einen giftigen Cocktail aus steigenden Preisen und steigenden Arbeitslosenzahlen.“ Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, sei nun die Politik gefragt, denn die heimischen Betriebe hätten bereits die meisten Möglichkeiten, ihre Energiekosten zu senken, ausgeschöpft.

> *„Angesichts der enorm gestiegenen Energiekosten sieht sich die Vorarlberger Industrie – und somit das ganze Land – mit einer großen Gefahr konfrontiert, die für Betriebe existenzbedrohend sein kann.“*
>
> **Martin Ohneberg, Präsident IV-Vorarlberg**

In der Umfrage gab etwa ein Viertel der Befragten an, kein weiteres Einsparungspotenzial zu haben; die meisten anderen sehen Einsparungspotenzial bei nur noch wenigen Prozent. „Einen Großteil der Einsparmöglichkeiten haben Betriebe bereits durchgeführt. Auch ist das Potenzial, Gas durch Öl zu substituieren, bei manchen zwar teilweise gegeben, aber bei weitem nicht bei allen. Zudem stellt sich auch beim Öl die Frage nach Preis und Verfügbarkeit, von der Klimaschädlichkeit ganz zu schweigen. Trotzdem muss auch das Land prüfen, ob eine strategische Ölreserve für Vorarlberg machbar und sinnvoll ist“, so Ohneberg weiter.

Breites Maßnahmenbündel gefordert

Ein breites Maßnahmenbündel sei deshalb wichtiger denn je, um Betriebe abzusichern, so Ohneberg: „Die Politik muss hier noch stärker tätig werden, um diesen enormen Schaden von unserer Wirtschaft abzuwehren. Vor allem der Strompreismechanismus muss adaptiert werden. Es hat sich gezeigt, dass es hier einen Eingriff braucht, um die hochgetriebenen Preise wieder einzufangen. Natürlich muss dieses System aber weiterhin auf marktwirtschaftlichen Prinzipien beruhen.“ Dass die Regierung hier in einer undankbaren Situation ist, erkennt Ohneberg an: „Es braucht ganz klar eine europäische Lösung für dieses europäische Problem.“ Aber auch in Österreich können Maßnahmen getroffen werden, die sinnvoll seien: So brauche es dringend eine Ausweitung des Energiepreisdeckels auf Unternehmen. Jedenfalls sei aber Gefahr im Verzug, so IV-Vorarlberg-Präsident Ohneberg: „Wenn wir jetzt nicht handeln, kann es schon bald zu spät sein.“

Klare Worte zum Thema Energiekosten findet IV-Vorarlberg-Präsident Martin Ohneberg.

> *„Was das für das Land und die Bevölkerung bedeuten würde, kann man sich vorstellen. Die wirtschaftlichen Folgen wären beispiellos in unserer jüngeren Geschichte; zusätzlich zur wirtschaftlichen Krise hätten wir früher oder später eine soziale Krise, ausgelöst durch einen giftigen Cocktail aus steigenden Preisen und hohen Arbeitslosenzahlen.“*
>
> **Martin Ohneberg, Präsident IV-Vorarlberg**

Foto: Adobe Stock, IV-Vorarlberg

Stark getrübte Stimmung in der Vorarlberger Industrie

„Die Vorarlberger Industrie zeigt sich aktuell sehr pessimistisch für die Zukunft. Das liegt vor allem an dem hohen Kostendruck am Markt. Die Rohstoff- und Energiekosten sind weiterhin enorm und können nicht immer weitergegeben werden. Das schmälert die Ertragslage der Vorarlberger Industrie massiv. Andererseits spüren die Unternehmen auch eine Abkühlung der Auftragslage, was die Stimmung zusätzlich eintrübt", fasste Martin Ohneberg, Präsident der IV Vorarlberg, die momentane Lage in der Vorarlberger Industrie bei einer Pressekonferenz in Lustenau zusammen.

An der aktuellen Konjunkturumfrage der IV-Vorarlberg und der Sparte Industrie der Wirtschaftskammer beteiligten sich im zweiten Quartal 2022 38 Vorarlberger Unternehmen mit über 27.000.

Der Geschäftsklimaindex der Vorarlberger Industrie – also der Mittelwert der Einschätzung zur aktuellen Geschäftslage und jener in sechs Monaten – ist nach der Verschlechterung vom letzten Quartal gegenüber dem vorletzten Quartal noch einmal deutlich abgerutscht. Er ist mit 14,70 Prozentpunkten so tief wie zuletzt 2012 - mit Ausnahme der außerordentlichen Situation zu Beginn der Corona-Pandemie. Ohneberg dazu: „Auch wenn sich nach dem ersten Schock der Corona-Pandemie eine deutliche Aufwärtsstimmung gezeigt hat, ist diese nun abrupt beendet. Mit zahlreichen und gewichtigen Brandherden – von der hohen Inflation, den Rohstoffkosten, der Lieferkettenproblematik, der Energiekrise, dem Krieg in der Ukraine sowie unklarer Einschränkungen durch Covid im Herbst – kommen viele Faktoren zeitgleich auf die Wirtschaft zu, die ein hohes Ausmaß an Unsicherheit schaffen und so den Ausblick auf die kommenden Monate trüben."

Die aktuelle Geschäftslage wird von 65 Prozent der befragten Unternehmen noch als gut bezeichnet, die Geschäftslage in sechs Monaten wird allerdings nur mehr von vier Prozent positiv beurteilt. Das spiegelt sich auch in der Einschätzung der Lage in sechs Monaten wider: 46 Prozent der befragten Unternehmen erwarten eine schlechtere Ertragslage im kommenden halben Jahr, nur vier Prozent eine Verbesserung.

Energiesicherheit: Plan gefordert

Eine der wesentlichen Faktoren für die Unsicherheit bilde die Energie-Problematik, so Ohneberg: „Seit rund einem Jahr steigt der Energiepreis zunehmend. Gas kostet mittlerweile am Spotmarkt das Vielfache im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Das setzt gerade energieintensive Unternehmen immer stärker unter Druck. Dazu kommen nun Vorbereitungen für den Fall, dass diese Unternehmen gar kein oder nur mehr wenig Gas erhalten. Hier müssen für die Betriebe Voraussetzungen für den Umstieg geschaffen werden, etwa eine finanzielle Unterstützung bei der Umrüstung und entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen wie die Anpassung der Emissionsgrenzen."

Weiters braucht es laut Ohneberg in diesem Zusammenhang einen langfristigen Plan: „Dass wir die Abhängigkeiten reduzieren müssen, ist auch aus Industriesicht vollkommen klar. Neben einem kurzfristigen, von der IV geforderten „Masterplan Gas" zur Reduktion der Abhängigkeit und Planung des Worst-Case-Szenarios brauchen wir aber auch einen langfristigen Plan zur Energiesicherheit – ohne bewusst in Kauf genommenen Wohlstandsverlusten und mit technologischer Offenheit gegenüber unterschiedlichen Energieträgern."

> ***„Dass wir die Abhängigkeiten reduzieren müssen, ist auch aus Industriesicht vollkommen klar."***
>
> **Martin Ohneberg,**
> **Präsident IV-Vorarlberg**

Herbst: Schulterschluss benötigt

Die sich stark trübende Stimmung in der Vorarlberger Industrie sei eine Verdeutlichung für die reale Gefahr eines wirtschaftlichen Abschwungs und damit spürbaren Wohlstandsverlusten für die Vorarlberger, so Ohneberg: „Die gesamte wirtschaftliche Situation erzeugt zunehmend Druck für die Unternehmen. Die Bundesregierung hat auf vieles davon reagiert und mit Maßnahmen wie der Abschaffung der kalten Progression, dem Aussetzen der Ökostrompauschale, dem Teuerungsausgleich und dem Energiegutschein der Teuerung entgegengewirkt. Umso wichtiger ist nun, dass diese Maßnahmen bei der kommenden Herbstlohnrunde auch berücksichtigt werden, um zu einem Abschluss mit Hausverstand zu kommen."

> ***„Die Maßnahmen der Bundesregierung müssen bei der Herbstlohnrunde berücksichtigt werden, um zu einem Abschluss mit Hausverstand zu kommen. Wenn nicht beide Seiten aufeinander zugehen, kann das die Wettbewerbsfähigkeit und damit den Wohlstand gefährden."***
>
> **Martin Ohneberg,**
> **Präsident IV-Vorarlberg**

Denn wenn nicht beide Seiten – also Arbeitnehmer und Arbeitgeber - aufeinander zugehen, könne das die Wettbewerbsfähigkeit gefährden, so Ohneberg: „Es braucht einen Schulterschluss in dieser einmaligen Situation, indem Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einer verträglichen Lösung für den Wirtschaftsstandort kommen – ohne Inszenierung und Drohgebärden. Ich hoffe deshalb, dass sich alle der Verantwortung gegenüber des Wirtschaftsstandorts und damit des Wohlstands bewusst sind."

Branchenergebnisse im Detail

„Für Vorarlbergs dominierende Maschinen- und Metallindustrie zeichnet sich für die derzeitige Geschäftslage noch ein gutes Bild, die Erwartungen für die Geschäftslage in sechs Monaten verschlechtern sich aber stark", so der Geschäftsführer der IV-Vorarlberg, Christian Zoll. Während im letzten Quartal noch 65 Prozent die Produktionstätigkeit mit steigend bewertet haben, tut dies nun nur noch ein Prozent. 61 Prozent der Befragten sehen in sechs Monaten eine schlechtere Geschäftslage, 63 Prozent eine schlechtere Ertragssituation in sechs Monaten.

„Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie hat für die derzeitige Geschäftslage noch einen optimistischen Blick, aber auch hier zeichnet sich ein schlechtes Bild für die Lage in sechs Monaten", so Zoll weiter. 75 Prozent der Befragten bewerten die derzeitige Geschäftslage, die Auslandsaufträge und den Auftragsbestand als gut. Die Geschäftslage in sechs Monaten bewerten 92 Prozent als gleichbleibend, die Ertragssituation im selben Zeitraum sehen allerdings 67 Prozent der Befragten schlecht.

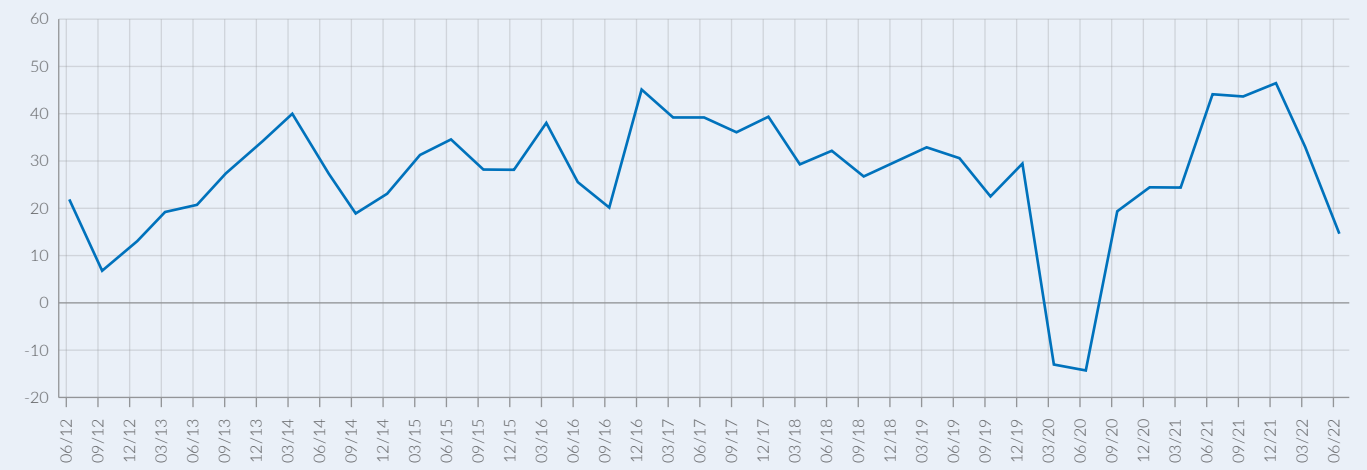
„Ein etwas durchwachseneres Bild zeigt sich in der Textilindustrie. Während die derzeitige Geschäftslage und der Auftragsbestand als durchschnittlich wahrgenommen wird, zeigt sich wenig Optimismus für die Lage in sechs Monaten," so Zoll. Von lediglich fünf Prozent wird die aktuelle Geschäftslage als gut beurteilt, 13 Prozent sehen bereits jetzt die Ertragssituation als schlecht. Bei der Geschäftslage in sechs Monaten sehen 69 Prozent eine gleichbleibende Situation, 31 Prozent eine verschlechternde. Bei der Ertragssituation in sechs Monaten hingegen gehen 29 Prozent von einer Verschlechterung aus.

„In der Elektro- und Elektronikindustrie ist die Stimmungslage aktuell ebenfalls nicht besonders erfreulich", so Michael Amann, Geschäftsführer der Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Vorarlberg. 65 Prozent sehen die aktuelle Geschäftslage noch als gut, 35 Prozent hingegen schon als schlecht. In Summe ist das bereits um 20 Prozentpunkte schlechter als im letzten Quartal. Auch die Verkaufspreise in drei Monaten sieht man insgesamt um 34 Prozentpunkte schlechter als im Vorquartal, ebenfalls herausfordernd ist die derzeitige Ertragssituation mit minus 42 Prozentpunkten gegenüber dem letzten Quartal.

Seit einem Jahr ist der Bereich „Verpackungsindustrie" Teil der Konjunkturumfrage. Dieser zeigt sich im Vergleich am wenigsten pessimistisch von allen Bereichen dieses repräsentativen Stimmungsbildes der Vorarlberger Industrie. Zwar ist die Einschätzung der Verkaufspreise in drei Monaten stark gesunken, ebenfalls ist auch die Einschätzung der Produktionstätigkeit in drei Monaten schlechter. Aber in den anderen Bereichen gibt es durchwegs neutrale bis leicht optimistische Einschätzungen: Zum Beispiel sehen derzeit fast zwei Drittel die Auslandsaufträge als gut, und mit 25 Prozentpunkten erwartet eine Mehrheit der befragten Unternehmen Kostensteigerungen über höhere eigene Verkaufspreise zumindest teilweise weitergeben zu können.

Konjunkturbarometer der Vorarlberger Industrie 2. Quartal 2022

Berechnung Kunjunkturbarometer Geschäftslage derzeit + Geschäftslage in 6 Monaten dividiert durch 2



38 Vorarlberger Unternehmen mit über 27.000 Beschäftigten wurden zum aktuellen Geschäftsklima befragt.

Aktuelle Studie zeigt: Vorarlberg braucht Expat-Service

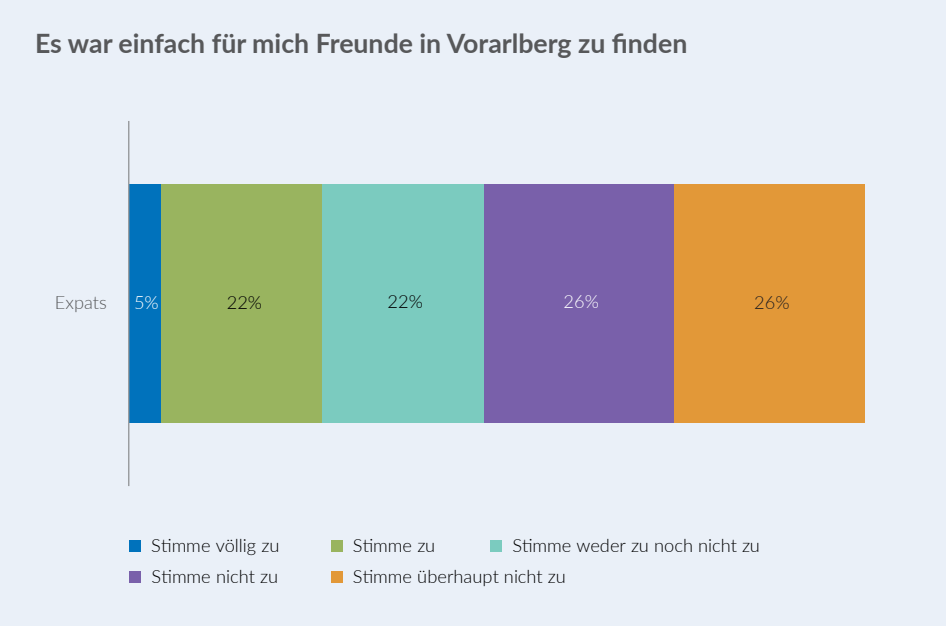
Eine aktuelle Umfrage der IV-Vorarlberg und der privaten Organisation XiPat bestätigt: Vorarlberg braucht einen Expat-Service

Der allgemeine Arbeitskräftemangel ist und bleibt ein dominierendes Thema in der Industrie. Aus diesem Grund arbeitet die Industriellenvereinigung Vorarlberg an der Einführung eines Expat-Services, der nach Vorarlberg ziehende Arbeitskräfte aus dem Ausland sowohl bei bürokratischen Hürden als auch der Integration begleitet.

Martin Ohneberg, Präsident der IV-Vorarlberg, sieht darin ein zentrales Leuchtturmprojekt seiner Organisation: „Ohne internationales Personal kann unsere Wirtschaft im Land nicht funktionieren. Dieser Logik folgt ganz Europa, daher müssen auch wir in Vorarlberg nachziehen und optimale Rahmenbedingungen schaffen, damit Arbeitskräfte aus aller Welt nicht nur nach Vorarlberg kommen, sondern sich auch wohl fühlen und bei uns bleiben."

„Ohne internationales Personal kann Vorarlbergs Wirtschaft nicht funktionieren. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit Arbeitskräfte aus aller Welt nicht nur kommen – sondern sich auch wohlfühlen und bleiben!"

Martin Ohneberg, Präsident IV-Vorarlberg



Weniger als die Hälfte der befragten Expats fühlt sich integriert; nur 27% fanden es einfach, hier Freunde zu finden.

Der Bedarf nach mehr Engagement gerade in der Willkommenskultur wurde erst kürzlich von einer neuen Studie untermauert: InterNations, ein global agierender Expat-Verband, erhob, dass Österreich als das zweit-unfreundlichste von 52 untersuchten Länder empfunden wird.

Strukturierte Begleitung gewünscht

Besagte Umfrage bestätigt deutlich, dass ein solcher Expat-Service von den Betroffenen gebraucht und gewünscht wird.

- So fühlen sich mit 46% nur weniger als die Hälfte der befragten Expats auch in Vorarlberg integriert.
- Nur knapp ein Viertel (27%) fand es einfach, hier Freunde zu finden; 71% geben auch an, mehrheitlich Expats und keine Einheimischen als Freunde zu haben.
- Und gefragt nach jenen Bereichen, in denen Hilfe am dringendsten gebraucht würde, gab knapp ein Drittel (32%) Behördengänge oder Wohnungssuche an.

„Die meisten Expats kommen zu zweit nach Vorarlberg. Hier gibt es großes Potenzial, eine weitere Person für den Arbeitsmarkt zu gewinnen."

Martin Ohneberg, Präsident IV-Vorarlberg

Die Auswertung der komplexen, schriftlichen Befragung von knapp 80 zugezogenen Fachkräften aus dem Ausland lasse vor allem auf zwei wesentliche Kernaufgaben eines künftigen Expat-Service schließen, so Ohneberg: „Bürokratie und Integration sind die zwei größten Hindernisse auf dem Weg zu einer erfolgreichen internationalen Besetzung in Vorarlberg. Mehr Unterstützung bei der Bürokratie verringert die Hemmung, sich einen Umzug nach Vorarlberg anzutun; und mehr Hilfe bei der Integration erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen sich bei uns zuhause fühlen und hierbleiben.

Wichtig: Familienbetreuung

Hierbei steht vor allem die Familienkonstellation von Expats im Fokus: „79 Prozent der Expats in Vorarlberg sind verheiratet oder leben in einer Partnerschaft, und 45 Prozent haben Kinder, wovon wiederum die überwältigende Mehrheit im oder unter dem schulpflichtigen Alter ist. Um Expats bei uns zu halten, müssen wir also nicht nur dafür sorgen, dass es dem Expat, wegen dem die Familie ja nach Vorarlberg gekommen ist, gut geht, sondern der gesamten Familie, besonders den Kindern. Hier braucht es vor allem eine laufende Begleitung im Bereich der Kinderbetreuung und Schule." Gerade wenn es um die Schule geht, ist dabei auch wichtig, dass den Kindern auch die Möglichkeit einer internationalen Ausbildung geboten wird.

Auch die Partner von Expats müssen mitgedacht werden, so Ohneberg weiter: „Die meisten Expats kommen zu zweit nach Vorarlberg. Hier gibt es großes Potenzial, eine weitere Person für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, die dabei aber auch spezifische Unterstützung brauchen. Auch hier kann der Expat-Service helfen."

Kompetenzen bündeln

Integration ist aber nicht die einzige Herausforderung, so Ohneberg: "Die gegenwärtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen sind nicht immer förderlich für die internationale Rekrutierung. Gerade die bürokratischen Vorgänge wie der Erhalt einer Rot-Weiß-Rot Karte dauern im internationalen Vergleich sehr lange und sind auch mit viel Bürokratie verbunden. Das ist vor allem bei längerfristiger Betrachtung ein Wettbewerbsnachteil für unseren Standort, obwohl wir in hohem Ausmaß auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen sind."

Diese Menschen dürfen bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen anlässlich des Umzugs nicht allein gelassen werden, so Ohneberg weiter: „Viele Städte und Regionen dieser Welt betreiben bereits einen Expat-Service und haben hervorragende Erfahrungen damit gemacht. Es ist an der Zeit, dass Vorarlberg hier nachzieht. Deshalb leiten wir die notwendigen Schritte ein, um die bürokratischen Hürden für Expats zu senken und die Integration in Vorarlberg leichter möglich zu machen."

Fotos: IV